Offener Brief zur Baupolitik der bisherigen Regierung

Die Regierung ist zurückgetreten, mit ihr der Minister für Bauwesen Wolfgang Junker.
Sollte das alles gewesen sein?
Wir sind der Meinung, daß auch ein Minister für die Folgen seiner Politik einzustehen hat. Wir fordern in Anbetracht des unüberschaubaren volkswirtschaftlichen Schadens, der vom Minister verursacht wurde, daß er von der Justiz zur Verantwortung gezogen wird.

Die Ergebnisse seiner Baupolitik führten:
- zur Zerstörung unserer Städte durch den Zerfall der Kriegsverschonten Altbausubstanz
- zum Identitätsverlust der Bürger in ihren Städten.

Der Grundgedanke seiner Politik war der von Anfang an und nie in Frage gestellte Vorrang des Neubaus "auf der grünen Wiese" vor der Reparatur eines vorhandenen Gebäudes.

Es mußte in der Folge mehr abgerissen werden als neu gebaut werden konnte. Auch die Förderung des Wohnungsbauprogrammes vergrößerte nur die Disproportionen. Hinzu kommt, daß durch falsche Vorgaben in Richtung "billiges Bauen" die Zuverlässigkeit der Neubauten stark herabgesetzt wurde, was zu einer unverhältnismäßig hohen Reparaturauflage für diese Gebäude führte.

Die Beachtung der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten führte zu einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Investitionsauflagen und laufendem Energieaufwand. Die Neubauten weisen aber z.B. einen Heizenergiebedarf auf, der in keinem Verhältnis zu den Investitionseinsparungen steht, wie er durch das "billige Bauen" angestrebt wurde.

Wir beschäftigen uns seit Jahren mit den Fragen des energie-ökonomischen Bauens und müssen feststellen, daß diese Gesichtspunkte in der Baupolitik des Ministers trotz der Bestimmungen völlig mitschließlich wurden.

Dresden, den 14.11.89

[Unterschrift]

Quelle: Bundesarchiv, Berlin